

Dresdner Volkszeitung

Postfach: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1299

Organ für das werktätige Volk

Verlagsort: Sebr. Kersch, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis einschließlich Dringens mit den wöchentlichen Beilagen
"Nach der Arbeit" und "Volk und Welt" für einen halben Monat 1 R.
Einzelnnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Komposition
30 Pf., die 90 mm breite Reklameweite 1,50 R., für mehrwöchige An-
zeigen 35 Pf. und 2 R. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote
40 Proz. Rabatt. Für Beilagenbelegung 10 Pf.

Nr. 145

Dresden, Freitag den 25. Juni 1926

37. Jahrg.

Das neue Verrätergeschrei

Es mag manchem kommunistischen Agitator schwer fallen, während des Kampfes für die Enteignung der Fürsten nicht die üblichen Schimpereien gegen die Sozialdemokratische Partei loslassen zu können. Nachdem es ist überhaupt nicht gelungen. Uns ist aus einer ganzen Anzahl von kommunistischen Berichtigungen zum Volksbegehren und zum Volksentscheid berichtet worden, daß die Redner den größten Teil ihrer Ausführungen gegen die Sozialdemokratie gerichtet haben. Jetzt, nachdem dieser Kampf, zunächst wenigstens, abgeschlossen ist, geht das Geschimpf und das Loben auf der ganzen Linie wieder los. Schon am Tage nach dem 20. Juni meldet die kommunistische Presse in großen schreienden Überschriften den Verrat der SPD-Führer und teilt der Welt mit, daß die Sozialdemokratie jetzt für die Abfindung der Fürsten eintritt. Dieser Kampf ist sicher nicht anders als die niedrigste Demagogie, die aus opportunistischen Rücksichten auf die Partei geboren ist. Aber es lohnt sich, in diesem Falle einmal sachlich zu untersuchen, ob die Kommunisten durch ihre eigene Haltung im Reichstage den Fürsten zu nicht noch größeren Abfindungen verhelfen, als es mit dem höchst unzulänglichen Entwurf der Regierung beabsichtigt ist.

Nachdem im Volksentscheid die entschädigungslose Enteignung der Fürsten nicht durchgegangen ist, wird jetzt im Reichstage der Entwurf der Regierung als Grundlage für die endgültige gezielte Regelung beraten. Dieser Gesetzentwurf ist höchst unzulänglich und auch gefährlich. Und wir sind durchaus der Meinung, daß weder diese Regierung noch dieser Reichstag die Energie aufbringen können, ein Fürstenabfindungsgesetz zu beschließen, das unsere Ansprüche von Berechtigung und Gerechtigkeit genügt. Wir sind auch weiter der Meinung, daß die Sozialdemokratische Partei unter keinen Umständen einer gezielten Regelung ihre Zustimmung geben darf, die dem, was die Sozialdemokratie in dieser Frage bisher vertreten hat, völlig widerspricht. Sind die bürgerlichen Parteien der unerhörtesten Meinung, daß den Fürsten Milliarden gegeben werden müssen, halten sie vor allen Dingen daran fest, daß die letzte Entscheidung darüber den nur zu bekannten Richtern anvertraut wird, dann wird die Sozialdemokratie diese Regelung unter allen Umständen abzulehnen und die Auflösung des Reichstages herbeizuführen haben. Es ist uns bis jetzt noch keine Stimme eines prominenten sozialdemokratischen Führers zu Gehör gekommen, und wir haben noch nirgends gelesen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion der Reichstagsauflösung aus dem Wege gehen will. Jetzt aber steht im Reichstagsausschuß der Gesetzentwurf der Regierung zur Beratung. Die Sozialdemokratie arbeitet an der Verbesserung dieses Gesetzentwurfs mit, ohne irgendwie ihre endgültige Entscheidung getroffen zu haben. Es sind so besonders gefährliche Formulierungen darin, die ausgemerzt sind schon. Und wegen dieser Mitarbeit schallt jetzt das bekannte Verrätergeschrei der Kommunisten durch das Reich.

Sie machen es sich sehr leicht. Sie geht das Geschrei an. Das ihr Verhalten dazu führen kann, daß das Gesetz mit deutschnationaler Hilfe noch verschlechtert wird, das scheint ihnen gar nichts auszumachen. Es ist sehr wohl möglich, daß durch diese vorläufige Taktik der Kommunisten deutschnationale Verschlechterungsanträge, die von den Sozialdemokraten und vielleicht auch von einzelnen demokratischen und Zentrumsgesetzten bekämpft werden. Annahmen finden, weil die Kommunisten sich für desinteressiert erklären. Und es ist nicht völlig ausgeschlossen, daß dann der so verklärte Gesetzentwurf der Regierung mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien angenommen wird. Die Kommunisten hätten dann erreicht, daß die Fürsten tatsächlich noch mehr an den Hals gehängt bekommen, als ihnen der Gesetzentwurf ursprünglich zubilligen wollte. Ob das im Interesse der arbeitenden Bevölkerung liegt oder ob sie da gar, wie es ihr Redner im Reichstagsausschuß des Reichstages behauptete, im Auftrag der 14 1/2 Millionen Wähler vom 20. Juni handeln, das möchten wir doch sehr stark bezweifeln. Ist es da nicht richtiger, die Sozialdemokratie verurteilt das merkwürdige Gesetz so zu beschließen, daß es unter keinen Umständen die Billigung der Reichsparteien finden kann? Wenn es dann, was sehr wahrscheinlich ist, auch nicht für die Sozialdemokratie annehmbar ist, dann ist eine Ablehnung jedenfalls viel sicherer als durch die primitive Taktik, die die Kommunisten jetzt eingeschlagen haben. Mit der Ablehnung des Gesetzes werden dann auch der Rücktritt der Regierung und die Reichstagsauflösung zur starken Wahrheitsähnlichkeit. Auf dem Wege, auf dem die Kommunisten glauben zu ihr kommen zu können, scheint uns das viel weniger aussichtsreich.

Es also bei dieser Sachlage auch nur der geringste berechtigte Grund dazu da, von einem Verrat der SPD-Führer an den 14 1/2 Millionen zu reden und zu schreiben? Höchstens, wenn die Kommunisten ihre opportunistischen Bedürfnisse als einen berechtigten Grund anführen. In anderen Fragen, die im Reichstag zur Beratung stehen, und die für die Arbeiterklasse doch immerhin auch eine wichtige Bedeutung haben, bedient sich übrigens die kommunistische Partei derselben Taktik, deren sich die Sozialdemokratie auch im

Fürstenabfindungskampf bedient. Auch da arbeiten die Kommunisten, nämlich an den Gegenseitigkeiten mit, stellen Verbesserungsvorschläge genau so wie die Sozialdemokraten, auch, und die Friedigung der Reichsknapenschaftsversicherungs-Novelle zeigt, daß die Kommunisten sogar einem Gesetz zustimmen, bei dem die bürgerlichen Parteien die Anträge der proletarischen Vertreter im Reichstage abgelehnt haben. Die Kommunisten sind also nicht in jeder Frage so revolutionär, wie sie sich jetzt in der Fürstenabfindung gebärden. Und dabei haben sie gerade hier die allergeringste Veranlassung dazu. Sie müssen es wissen, daß weder das Volksbegehren mit Erfolg abgeschlossen worden wäre, noch die 14 1/2 Millionen für den Volksentscheid aufzubringen gewesen wären, wenn die Durchführung des Kampfes von der SPD hätte organisiert werden müssen. Das wäre eine fürchterliche Pleite geworden, weil die Organisation der SPD, so schwach, wenig geübt und so einflusslos ist, daß sie so große Massen gar nicht auf die Beine bringt.

Ansichts der ungeheuren Arbeit, die die Sozialdemokratische Partei und Tausende ihrer Funktionäre in der Volksentscheidbewegung geleistet haben und mit der die der SPD, nicht zu vergleichen ist, ist es eine ganz besondere Demagogie, am Rande des Kampfes von einem Verrat der Sozialdemokratischen Partei zu reden. Die Kommunisten mögen schreiben, die Sozialdemokratische Partei wird sich nicht betreten lassen. Sie ist nach wie vor gegen die schamlosen Forderungen der Fürsten und wird, soviel es auf sie ankommt, in den kommenden Wochen und Monaten den Beweis erbringen, daß sie den Erfolg vom 20. Juni für den proletarischen Kampf auszuwerten versteht.

Unwetter und Hochwasser

Dammbrüche an der Elbe

D. Das Hochwasser, das infolge der ungeheuren Regenfälle der letzten Wochen zunächst vor allem die Quellgebiete der Flüsse, die Gebirgsgebirgen, vorhergehend heimgekehrt hatte, wird jetzt in den Niederungen der großen Flüsse von Tag zu Tag bedrohlicher, vielerorts geradezu zur Hochwasserkatastrophe. Das trifft vor allem auf den Unterlauf der Oder und den Mittellauf der Elbe zu. In Mitteldeutschland, in der Gegend von Magdeburg, sind die

Ufer der Elbe und die anliegenden Gebiete meilenweit überflutet. Zahlreiche Deichbrüche sind zu verzeichnen, so daß unübersehbare Strecken fruchtbarer Ackerbodens überflutet und verschlammte sind und die Getreide- und Kartoffelernte zum großen Teil vernichtet ist. Die ständigen wolkensbrudartigen Gewitterregen lassen auch die sonst harmlosen Nebenflüsse weit über die Ufer treten. Der höchste Wasserstand im Unterlauf der Flüsse wird sogar erst für die nächsten Tage erwartet. Bei Magdeburg haben die Fluten die Elbdämme zwischen Hohenwarthe und Ricaripp durchbrochen, oberhalb Magdeburgs gelang es den Pionieren einstweilen, die Dämme zu halten. Überall sind die Feuerwehren der Städte und Dörfer aufgebotsen, um auf Automobilen an den gefährdeten Stellen eingeseht zu werden. Nur unter äußerster Anstrengung gelang es bisher, die wichtige Eisenbahnstrecke Berlin-Magdeburg vor Zerstörung zu retten.

Die Hochwassergefahr ist auch in Nordwestdeutschland akut geworden. Aus Oldenburg und von der Unterweier und Unterelbe kommen bedrohliche Nachrichten von bereits eintretenden gewaltigen Ueberschwemmungen, die sich meilenweit hinziehen und bereits einen großen Teil der Heuernte betroffen haben. Bei Lüneburg ist das Wasser in die Keller und Gärten gedrungen und droht auch der Oberteile mit Vernichtung. Im ganzen sind dort bereits 150 Hektar Land überflutet. Die größte Welle wird erst in den ersten Tagen des Juli erwartet. Schon jetzt sind alle Deichkommandos alarmiert. Das Vieh wird von der Weide getrieben, und ein besonderer Hochwasserdienst ist eingerichtet worden.

Ueberschwemmungen in Ostdeutschland

Der Begehrstand der Oder steigt im Unterlauf ebenfalls ununterbrochen. Bei der Stadt Crossen sind weite Strecken vom Wasser überflutet, zahlreiche Wohnungen mühen geräumt werden. Die Hochwasserwelle hat vor allem auch im Rese- und Oderbruch alles überflutet; im Warthebruch ist ein Damm geborsten, so daß ebenfalls Pioniere eingeseht werden mühten. Zwischen Schwedt und Stettin stehen die Oderwiesen überall unter Wasser, und die Dörfer sind um ihre Gemüde- und Heuernte gekommen. Das Hochwasser im Spreewald hat den Höchststand der letzten Jahrzehnte schon erheblich überschritten und sämtliche Nieder überflutet. Mit einer Fläche von annähernd 10 Quadratkilometern bildet der Spreewald jedoch ein natürliches Schutzwehr für die Reichshauptstadt, in der sich das Hochwasser bis jetzt nicht bemerkbar macht.

Neuwahlen als letzte Lösung

D. Berlin, 25. Juni. (Eig. Funkdruck.) Die sozialdemokratischen Vertreter im Reichstagsausschuß des Reichstages werden in der heute beginnenden zweiten Lesung des Fürstenabfindungsgesetzes ihre bisher abgelehnten Verbesserungsanträge nochmals stellen. Am Nachmittag soll sich dann die Fraktion mit der Fürstenabfindung befassen, nachdem vorher die Verhandlungen zwischen den Fraktionen stattgefunden haben.

Die bürgerliche Presse betrachtet die Entwicklung heute wieder pessimistischer als gestern, und das Zentrumsgesetz Germania droht auch heute für den Fall, daß die Verhandlungen scheitern, mit

Der Auflösung des Reichstages.

Vorläufig ist das nur eine Drohung, vor der aber alle bürgerlichen Parteien zuschreiben. Die Germania (Zentrumsblat) schreibt dann weiter:

Das Zentrum wird auch im Laufe der nächsten Tage unverändert an seinem bekannten Standpunkte festhalten und bereit sein für das Gesetz zustande zu bringen. Es kann sich nicht mit einer formaljuristischen Regelung begnügen, sondern wird die Lösung suchen, die den gesamtpolitischen Interessen des deutschen Volkes gerecht wird. Es hat keinen Zweifel daran geäußert, daß es für Erreichung dieses Zweckes jedes parlamentarische Mittel schrecken wird.

Die volksparteiliche Tägliche Rundschau sagt: Die Sozialdemokraten verlangen, daß es gestattet sein soll, einen abgeschlossenen Vergleich auch schon durch einstimmigen Antrag der Länder anzusehen. Durch diese Forderung werden die Verhandlungen sehr stark kompliziert. Während die Haltung der Demokraten und des Zentrums unklar ist, gilt es als ausgeschlossen, daß die Vertreter der Deutschen Volkspartei dieser Forderung zustimmen. Durchaus ablehnend verhält sich auch die Bayerische Volkspartei, deren Vertreter im Ausschuß auch gestern schon gegen den Antrag auf entschädigungslose Abfindung der Fürsten und Kronrenten gestimmt haben. Unter diesen Umständen erscheint eine Verständigung mit den Sozialdemokraten ausgeschlossen, wenn die sozialdemokratischen Forderungen aufrechterhalten werden. Die Lage hat also an ihrer Bedenklichkeit nichts verloren.

Die andern sozialdemokratischen Anträge beziehen sich im wesentlichen auf die Patenregierung des Sondergerichts,

die Erweiterung der Rückwirkungen und die inwärtigen angenommenen Forderung auf entschädigungslosen Fortfall der Kronrenten und Zinslizenzen.

Verhandlungen ohne Ergebnis

D. Am Donnerstag nachmittag wurden die Verhandlungen über das Fürstenabfindungsgesetz zwischen den Regierungsparteien und der Sozialdemokratie fortgesetzt. Man besahe sich vor allem mit der von der sozialdemokratischen Fraktion beantragten Rückwirkung auf bereits ergangene Urteile und mit der Besetzung des Sondergerichts durch vier Richter und vier Laien. Die sozialdemokratischen Vertreter benutzten die Gelegenheit, diese Forderungen eingehend zu begründen, während die Regierungsparteien die Gründe für die nach ihrer Meinung notwendige Aufrechterhaltung der entsprechenden Paragraphen des Entwurfs äußerten. To alle beteiligten Fraktionen kurz nach der Beendigung der Plenarverhandlungen Fraktionssitzungen angelegt haben, wurden die Besprechungen nach einer Dauer von einer halben Stunde ohne Ergebnis auf Freitag verlagert.

Die Regierungsparteien hoffen, die Beratungen des Reichstagsausschusses bis Montag zu Ende führen zu können, so daß am Dienstag im Plenum mit der Vertretung des Fürstenabfindungsgesetzes begonnen und der Reichstag am 3. Juli in die Herbstferien gehen kann. In welchem Maße diese Hoffnungen in Erfüllung gehen, hängt im wesentlichen von den Bescheidnissen in der Fürstenabfindungsfrage an die Sozialdemokratie ab. In der Donnerstagssitzung des Reichstagsausschusses hat der Abg. Rosenfeld bereits erklärt, daß sich die sozialdemokratische Fraktion durch die Annahme ihrer Forderung auf entschädigungslosen Fortfall der Kronrenten noch nicht für befriedigt erklären kann.

Da am Donnerstag ein befriedigendes Ergebnis noch nicht vorlag und die Verhandlungen zwischen den Fraktionen am Freitag fortgesetzt werden, nahm die sozialdemokratische Fraktion in ihrer gestrigen Sitzung nur einen Bericht über die bisherigen Erörterungen entgegen. Eine endgültige Entscheidung über ihre Stellungnahme zu dem Abfindungsgesetz ist erst nach Beendigung der Verhandlungen mit den Regierungsparteien zu erwarten.

des ds 6. 4-409608 mberech samit. ziten war. sches mit 1908. presse! Eht effische h hatten ergasse 17 Querschnitt. erwagen u verlaufen. nstraße 80 ane links. maschine u verlaufen. Dresden-A. Messinggasse 3 Angelstraße 15 ertragen 18 ebob teln. ung 3.20. 50 Pf. titel. ande. nng